

Bürgerinteressengemeinschaft Gartenstadt/Glemstal e.V.
Schwabstr. 22

71229 Leonberg



Pressemitteilung vom 29.05.2008

Ansprechpartner:

Ewald Thoma, Tel.: 07152 31027 oder mobil 0171 4025272

E-Mail: ewald.thoma@t-online.de

Wolfram Pönitz, Tel.: 07152 27091

Internet: www.leobigg.de

Protest gegen Bahnlärm formiert sich bundesweit Allianz gegen Umweltschäden durch Schienenverkehr (AGUS) gegründet – BiGG von Anfang an dabei

Seit vielen Jahren bemühen sich Leonberger Bürgervereine, eine Verbesserung der Lärmsituation an der Güterbahnstrecke zwischen Kornwestheim und Renningen zu erreichen. Leider bisher ohne jeglichen Erfolg. Die berechtigten Interessen der Anlieger der Bahnstrecke auf Lärmschutz werden einfach ignoriert. Hauptgrund: An Bestandsstrecken haben die Anlieger keinerlei Rechte. Der Güterzugverkehr kann noch so laut sein und die Anzahl der Züge noch so beliebig gesteigert werden – die Bahn muss keine Rücksicht auf die Anwohner nehmen. Kein Wunder – nach der derzeitigen Gesetzgebung hat das wirtschaftliche Interesse der Bahn Vorrang gegenüber der gesundheitlichen Unversehrtheit der Anwohner. Dabei kann es am fehlenden Geld nicht liegen. Immerhin ist es möglich, viele Milliarden Euro für das Projekt Stuttgart 21 bereitzustellen. Die Mittel, die nötig wären, um die Bevölkerung der Region vom stetig wachsenden Güterverkehr an bestehenden Strecken zu schützen, sind dagegen ein Klacks. Bei der Strecke zwischen Kornwestheim und Renningen kommt noch hinzu, dass sie im Rahmen von Stuttgart 21 lt. Planfeststellungsbeschluss als Ersatzstrecke vorgesehen ist und sie damit quasi Bestandteil von Stuttgart 21 ist. Alleine der Erlös, den die Bahn durch den Verkauf der alten Gäubahntrasse in Stuttgart erzielt hat, böte genügend Spielraum, um einen komfortablen Lärmschutz zu realisieren. Aber auch zu betrieblichen Einschränkungen wie z.B. Nachfahrverbote oder Geschwindigkeitsreduktionen gibt es bisher nicht die geringste Bereitschaft.

Auch Bürger anderer Regionen haben ähnliche Erfahrungen gemacht. Sie haben daher erkannt, dass nur gemeinsamer politischer Druck zum Erfolg führen kann. Sie formieren sich nun bundesweit und mit dem benachbarten Ausland: 42 Bürgerinitiativen gegen Bahnlärm aus dem gesamten Bundesgebiet und der Schweiz haben am 22. und 23. Mai in Eltville am Rhein die Allianz gegen Umweltschäden durch Schienenverkehr (AGUS) gegründet und dazu eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Sie vertreten viele tausend Mitglieder von Duisburg bis in den Raum Zürich. Die BiGG war durch Ewald Thoma vertreten. Auch weitere Bürgervereine und Initiativen aus der Region Leonberg haben bereits ihr Interesse bekundet, bei dieser Sache mitzumachen.

Im Mittelpunkt der Gründungsversammlung stand neben der Kooperationsvereinbarung die Unterzeichnung einer Resolution, die ein Acht-Punkte-Programm zur Verbesserung des Lärmschutzes an Bahnstrecken enthält. Darin fordert die AGUS unter anderem:

- Güterzugtrassen konsequent aus den Siedlungsgebieten heraus zu verlegen oder in (teilgedeckelten) Tieflagen, Tunneln oder Einhausungen zu führen

- die Gleichstellung von Lärmsanierung (Bestandstrecken) und Lärmvorsorge (Neubau-Strecken) einschließlich aller anderen Immissionen durch Schienenverkehr.
- die Neu- und Ausbauplanung von Schienenstrecken nur in Abstimmung mit der davon betroffenen Bevölkerung vorzunehmen.
- die Aktualisierung des gesetzlichen Rahmens für den Schutz vor Schienenverkehrslärm in Anlehnung an die Novellierung des Fluglärmgesetzes
- die Abschaffung des Schienenbonus sowie
- die Reduzierung des maximalen Schallpegels in der Nacht auf 45 Dezibel.

Künftig ist einmal pro Jahr eine Internationale Tagung der AGUS mit eingeladenen Vorträgen von Experten zu den Folgeschäden des Schienenverkehrs vorgesehen. Als erster Schritt ist die Beauftragung eines gemeinsamen Rechtsgutachtens vorgesehen, das die Erfolgsaussichten einer Klage gegen den Schienenbonus, dessen Existenzgrundlage längst entfallen sei, sondieren soll. Auch eine Internet-Plattform soll aufgebaut werden. So soll rasch ein schlagkräftiges Netzwerk entstehen. Die Allianz ist offen für weitere Initiativen und Organisationen. Auch Kommunen sind willkommen.